



WIRTSCHAFTSJUNIOREN
DEUTSCHLAND

DIE STIMME DER
JUNGEN
WIRTSCHAFT

HEUTE ENTSCHEIDEN POLITISCHE POSITIONEN 2013 DER WIRTSCHAFTSJUNIOREN DEUTSCHLAND



VORWORT

Die Wirtschaftsunioren stehen dafür, dass es sich lohnt, in unserem Land etwas zu leisten, und dass es möglich ist, aus eigener Kraft die Ziele zu erreichen, die man sich steckt. Dabei stehen wir vor einer zentralen Herausforderung: Neben allem Reformstau, den Deutschland vor sich herschiebt, ist es der Fachkräftemangel, der unsere Wirtschaft in die Knie zwingen wird, wenn wir jetzt nicht handeln.



Deshalb setzen wir uns ein für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für eine stärkere Einbindung von Älteren, für Reformen im Bildungssystem, für eine Gesellschaft, die Leistungsanreize setzt. Wir wollen,

dass ausländische Fachkräfte in unserem Land willkommen sind – und dass es gelingt, einen europäischen Arbeitsmarkt aufzubauen, der gerade in der aktuellen Situation jungen Menschen die Chance gibt, die Angebote des deutschen Arbeitsmarktes zu nutzen und zu Botschaftern unserer dualen Ausbildung zu werden.

Dabei sind wir als junge Wirtschaft Vorbild: Wir leisten unseren Beitrag für eine gute Ausbildung, indem wir jedes Jahr rund 200.000 Jugendliche beim Übergang in den Beruf unterstützen. Wir werben für eine familienfreundliche Arbeitswelt, die den Bedürfnissen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern Rechnung trägt. Und wir fragen uns, was Arbeitgeber attraktiv macht – und wie es besser gelingen kann, Menschen einzubinden, die – aus welchen Gründen auch immer – dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Durch mehr Kreativität bei der Gestaltung von Arbeitsplätzen, von Präsenzzeiten, von Arbeitszeitmodellen.

Der Fachkräftemangel ist nicht nur ein Problem für uns Unternehmer – er wird bald viele gesellschaftliche Bereiche betreffen. Deshalb fordern wir als junge Wirtschaft, dass wir uns gemeinsam dieser Verantwortung stellen – und die notwendigen Reformen einleiten.



Sándor Mohácsi
Bundesvorsitzender

Dirk Binding
Bundesgeschäftsführer



UNSERE FORDERUNGEN AUF EINEN BLICK

Wir brauchen Fachkräfte. Sie sind die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Deshalb fordern wir

- ▶ eine bessere Einbindung von Älteren und von Menschen mit Migrationshintergrund.
- ▶ mehr Unterstützung von Jugendlichen beim Übergang in den Beruf.
- ▶ eine Vereinfachung und eine Bejahung der Zuwanderung von ausländischen Fachkräften und Unterstützung bei der Integration.
- ▶ eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir brauchen Handlungsspielraum, um Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen. Deshalb fordern wir

- ▶ ein gemeinsames Eintreten für ein positives Unternehmerbild.
- ▶ neuen Gründergeist – Gründungsprozesse müssen ebenso vereinfacht werden wie der Zugang zu Wagniskapital.
- ▶ eine klare Absage an höhere Spitzensteuersätze, an die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und an eine Verschärfung der Erbschaftsteuer.
- ▶ einen flexiblen Arbeitsmarkt mit einem abgestuften Kündigungsschutz.

Wir sehen den demografischen Wandel als Chance. Deshalb fordern wir,

- ▶ die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.
- ▶ unser Bildungssystem zu verbessern – durch mehr Investitionen, vor allem in Personal, mehr Wettbewerb und Vergleichbarkeit unter den Schulen und eine stärkere Fokussierung auf Berufsorientierung.
- ▶ mehr in Integration zu investieren, vor allem durch ein Pflichtvorschuljahr und flächendeckende Ganztagschulen.

Wir wollen unser Land stark für die Zukunft machen. Deshalb fordern wir

- ▶ ein einfaches und transparentes Steuersystem mit einer Obergrenze für die Belastung einzelner – Leistung muss sich wieder lohnen.
- ▶ verbindliche Schuldenabbauziele beim Staatshauhalt – und Generationengerechtigkeit als Staatsziel im Grundgesetz.
- ▶ ein klares Bekenntnis zu Europa und einen europäischen Aktionsplan, um Jugendarbeitslosigkeit wirkungsvoll zu bekämpfen.
- ▶ eine Steigerung des Anteils an erneuerbarer Energie – bei einer klaren Priorität für die Versorgungssicherheit.



DIE WIRTSCHAFTSJUNIOREN DEUTSCHLAND

Die Wirtschaftsjunioren Deutschland sind der bundesweit größte Verband junger Unternehmer und Führungskräfte. Die Mitglieder der Wirtschaftsjunioren sind mehr als 10.000 Leistungsträger unter 40 Jahren, die das Ziel haben, die Zukunft Deutschlands mitzugestalten. Sie tragen die Verantwortung für rund 300.000 Arbeitsplätze, 35.000 Ausbildungsplätze und mehr als 120 Milliarden Euro Umsatz. Ehrenamtliches Engagement, gesellschaftliche Verantwortung und das Leitbild des Ehrbaren Kaufmanns haben bei den Wirtschaftsjunioren Deutschland einen besonderen Stellenwert: Mitglied kann nur werden, wer bereit ist, aktiv in Projekten auf Kreis-, Landes- oder Bundesebene mitzuwirken. Einer der Schwerpunkte der Projektarbeit ist das Thema Bildung: Wirtschaftsjunioren gehen in Schulen, stellen ihre Unternehmen vor, bieten Bewerbertrainings an und unterstützen Jugendliche auf dem Weg ins Berufsleben. Pro Jahr erreichen die Wirtschaftsjunioren auf diese Weise rund 200.000 Jugendliche.

Kontakt

Wirtschaftsjunioren Deutschland e.V.

Breite Straße 29

10178 Berlin

Telefon: + 49 (0) 30-20308-1515

Telefax: + 49 (0) 30-20308-1522

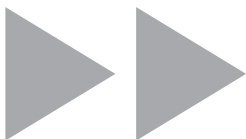
E-Mail: wjd@wjd.de

Internet: www.wjd.de

UNTERNEHMEN STÄRKEN

Die Herausforderung:

- ▶ Unternehmen in Deutschland sind konfrontiert mit einem komplizierten Steuerrecht, mit ausufernden Erklärungs- und Dokumentationspflichten sowie mit einer Bürokratie, die Kosten verursacht und Innovationen hemmt.
- ▶ Ein Investitionsstau bei der Infrastruktur und eine unzureichende Versorgung mit Breitbandanschlüssen bedeuten Standortnachteile.
- ▶ Diskussionen um höhere Spitzensteuersätze, Vermögens- und Erbschaftsteuer verunsichern Unternehmer und potenzielle Nachfolger.
- ▶ Steigende Kosten für Energie- und Rohstoffversorgung werden zu einem immer größeren Risiko.



Die Wirtschaftsjunioren fordern

- ▶ Eine Entlastung von Unternehmen durch Steuervereinfachungen und eine Beseitigung von Substanz besteuern den Elementen wie Mieten, Zinsen und Leasing-Raten, um das Eigenkapital von Unternehmen zu stärken.
- ▶ Keine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und keine Wiedereinführung der Vermögenssteuer.
- ▶ Keine Verschärfung der Erbschaftsteuer-Regelung.
- ▶ Einen konsequenten Abbau von Bürokratie, die Unternehmen unnötig belastet, wie zum Beispiel die Zurückverlegung des Stichtags für die Abführung der Sozialversicherungsbeiträge.
- ▶ Neue von Bürokratie geprägte Einschränkungen wie etwa Frauenquoten dürfen nicht Gesetz werden.
- ▶ Wie viele Steuern ein Unternehmen zahlt, darf nicht von seiner Rechtsform abhängen. Wir brauchen eine rechtsformneutrale Steuer, die nur mit einer grundsätzlichen Steuerreform möglich ist.
- ▶ Ein flexibleres Arbeitsrecht.

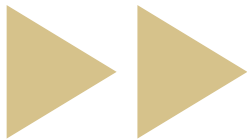


Unternehmen stärken

UNTERNEHMENSGRÜNDUNG UND -NACHFOLGE ERLEICHTERN

Die Herausforderung:

- ▶ Deutschland fehlen Gründermentalität und Unternehmergeist.
- ▶ Selbstständigkeit als Berufsperspektive wird an Schulen und Hochschulen nicht ausreichend vermittelt.
- ▶ Durch die demografische Entwicklung nimmt die Zahl der Selbstständigen ab.
- ▶ Die Unternehmensnachfolge wird schwieriger.
- ▶ Die wiederkehrende Erbschaftsteuern Diskussion verunsichert.
- ▶ Aufwändige Genehmigungsverfahren, Bürokratie und Belastungen durch das Steuerrecht schrecken Gründer und Investoren ab.
- ▶ Die Gründungsfinanzierung bleibt angespannt – insbesondere langfristige und risikoreiche Finanzierungen werden schwieriger.



Die Wirtschaftsunioren fordern

- ▶ Deutschland muss für mehr Gründergeist werben – an Schulen, in Universitäten und in Integrationskursen.
- ▶ Wir brauchen ein Schulfach Wirtschaft, in dem das Thema Unternehmertum eine zentrale Rolle spielt.
- ▶ Gründungsprozesse müssen weiter beschleunigt und von Bürokratie befreit werden, unter anderem indem
 - Kleinunternehmer ihren Überschuss wieder formlos ermitteln dürfen und
 - Existenzgründer von der Pflicht zur monatlichen Umsatzsteuer-voranmeldung befreit werden.
- ▶ Deutschland muss seinen Wagniskapitalmarkt beleben:
 - Private Kapitalgeber brauchen generell ein besseres Standing.
 - Verluste aus misslungenen Gründungsprojekten müssen leichter mit Gewinnen aus anderen Projekten verrechnet werden können.
 - Der Wagniskapitalmarkt braucht mehr Rechtssicherheit; vor allem, um eine Doppelbesteuerung zu verhindern.
- ▶ Unternehmensnachfolger brauchen Planungssicherheit – und keine Verschärfung bei der Erbschaftsteuer.

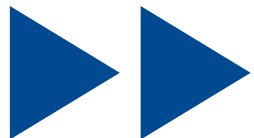


**Unternehmensgründung und
-nachfolge erleichtern**

DEMOGRAFISCHEN WANDEL MEISTERN

Die Herausforderung:

- ▶ Deutschland wird älter: Bis 2030 wird sich die Zahl der über 60-Jährigen mehr als verdreifachen.
- ▶ Die Beschäftigungsquote Älterer ist von 50 Prozent (2001) auf 68,2 Prozent gewachsen. Trotzdem fehlt Arbeit im Alter weiter Akzeptanz und Attraktivität.
- ▶ 2,3 Millionen Deutsche sind pflegebedürftig – 2030 werden es 3,4 Millionen und 2050 bereits 4,5 Millionen sein.
- ▶ Der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand ist zu unflexibel.
- ▶ Die Weiterbildungsquote von Älteren ist zu gering: Nicht einmal jeder zehnte über 55-Jährige nimmt in Deutschland an einer Fortbildung teil.



Die Wirtschaftsjunioren fordern

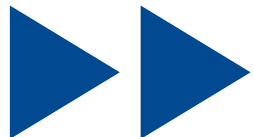
- ▶ **Priorität für Pflege. Wir brauchen:**
 - den Ausbau einer qualitativ hochwertigen Pflegeinfrastruktur auch mit Möglichkeiten der Tagesbetreuung,
 - mehr Werbung für die gesetzliche Pflegezeit – auch durch Unternehmer,
 - eine Attraktivitätssteigerung bei Pflegeberufen,
 - mehr Unterstützung für pflegende Angehörige,
 - mehr Flexibilität bei der Beschäftigung von Haushaltshilfen und eine bessere steuerliche Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen.
- ▶ Einen klaren gesellschaftlichen Konsens für die Rente mit 67, mehr Flexibilität beim Übergang in die Rente und Anreize, länger zu arbeiten.
- ▶ Eine regelmäßige Überprüfung des Renteneintrittsalters und gegebenenfalls eine weitere Anpassung.
- ▶ Eine Begrenzung des Arbeitslosengeldes auch für Ältere auf ein Jahr.
- ▶ Mehr Bewusstsein dafür, dass Berufswege sich der steigenden Lebensarbeitszeit anpassen. Phasen der Weiterbildung müssen ebenso Normalität werden wie Karriererückschritte – auch mit Gehaltsrückgang – im Alter.
- ▶ Angesichts des steigenden Erwerbsalters eine höhere Weiterbildungsquote bei älteren Arbeitnehmern.



BILDUNGSSYSTEM VERBESSERN

Die Herausforderung:

- ▶ Frühkindliche Bildung findet in Deutschland nicht systematisch statt.
- ▶ Schulen werden ihrem Auftrag nicht gerecht:
 - 50.000 Jugendliche verlassen pro Jahr die Schule ohne Abschluss, das sind sieben Prozent.
 - Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegt der Anteil bei 13 Prozent.
 - Etwa 20 Prozent der 15-jährigen Schüler (170.000 Jugendliche) können laut PISA nur auf Grundschulniveau lesen, schreiben und rechnen.
- ▶ Eine nachhaltige Reform des Bildungswesens ist aufgrund der Länderhoheit und ideologischer Auseinandersetzungen nicht möglich.
- ▶ Deutschland akzeptiert, dass Schulen sich einem Wettbewerb verweigern.
- ▶ Berufsorientierung findet zu wenig statt.



Die Wirtschaftsunioren fordern

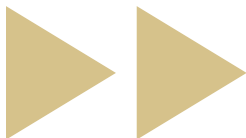
- ▶ Mehr Investitionen in frühkindliche Bildung mit bundesweit einheitlichen Bildungsstandards.
- ▶ Ergänzend zum Beruf „Erzieher“ brauchen Betreuungseinrichtungen mehr akademisch geschultes pädagogisches Fachpersonal.
- ▶ Eine Entideologisierung der Bildungspolitik.
- ▶ Eine Richtlinienkompetenz in Sachen Bildungsinhalte für die Bundesregierung, um mehr Transparenz und Vergleichbarkeit herzustellen.
- ▶ Schulen und ihre Leistungen müssen vergleichbar werden – durch zentrale Prüfungen und die Offenlegung anderer Erfolgsquotienten.
- ▶ Auch bei Grundschulen muss es eine freie Schulwahl geben, um einen Wettbewerb unter den Schulen zu stärken.
- ▶ Schulen brauchen eine bessere Ausstattung und mehr Personal.
- ▶ Berufsorientierung – auch durch die Einbindung der Wirtschaft – muss fester Bestandteil des Lehrplans werden.
- ▶ Generell Pflichtpraktika für Schüler.
- ▶ Eine Einführung von Pflichtpraktika für Lehrer.
- ▶ Eine Aufwertung des Lehrerberufs durch leistungsabhängige Bezahlung, mehr Entwicklungsmöglichkeiten und mehr Platz für Eigeninitiative.
- ▶ Weiterhin eine starke Wertschätzung der dualen Ausbildung – die Erfahrungen aus den europäischen Krisenländern unterstreichen noch einmal ihre Bedeutung.



INTEGRATION DURCH BILDUNG

Die Herausforderung:

- ▶ Ein Drittel der 20- bis 30-Jährigen mit Migrationshintergrund hat keine Berufsausbildung – bei gleichaltrigen Deutschen sind es 13 Prozent.
- ▶ Vor allem Kinder mit Förderbedarf sind seltener in Betreuungseinrichtungen – insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund.
- ▶ Das Betreuungsgeld hält Kinder von frühkindlicher Bildung fern.
- ▶ Deutschlands Schulsystem verstärkt soziale Ungleichheiten.
- ▶ Wer es sich leisten kann, schickt seine Kinder in Privatschulen – inzwischen knapp acht Prozent der Kinder in Deutschland.



Die Wirtschaftsjunioren fordern

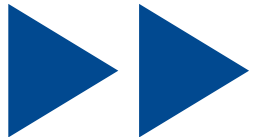
- ▶ Ein beitragsfreies Pflicht-Vorschuljahr.
- ▶ Verpflichtende Sprachstandserhebungen für alle Vorschulkinder und verpflichtende Sprachförderung für Kinder mit Förderbedarf.
- ▶ Flächendeckend echte Ganztagschulen, um Kinder mit Migrationshintergrund oder aus sozial schwachen Verhältnissen optimal zu fördern.
- ▶ In Regionen mit hohem Migrationshintergrund Vorbildschulen, die so attraktiv sind, dass sie auch das „deutsche Bildungsbürgertum“ anziehen.
- ▶ Eltern müssen, etwa durch Elternverträge, in die Pflicht genommen werden, sich für die Bildung ihrer Kinder zu engagieren. Schulen brauchen Sanktionsmöglichkeiten, um Eltern an ihren Erziehungsauftrag zu erinnern. Vorstellbar ist, dass Eltern von Schulverweigerern mit Bußgeldern oder Sozialstunden belangt werden.
- ▶ Die Einbindung von möglichst vielen gesellschaftlichen Akteuren an Schulen, damit Kinder und Jugendliche die Chance haben, ihre Interessen zu entdecken und Kontakte in die Gesellschaft zu knüpfen.
- ▶ Eine Ausweitung des Personenkreises, der zur Teilnahme an Integrationskursen verpflichtet werden kann. Themen wie Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Existenzgründung müssen im Mittelpunkt stehen.
- ▶ Lokale Netzwerke und Initiativen, die Mitwirkungsmöglichkeiten bieten, sollten Raum haben, sich in Integrationskursen vorzustellen.



FACHKRÄFTENACHWUCHS SICHERN

Die Herausforderung:

- ▶ 37 Prozent aller Unternehmen können offene Stellen zwei Monate oder länger nicht besetzen. Vor allem für junge Unternehmen, die expandieren wollen, ist das ein zentrales Problem.
- ▶ Das Potenzial von Älteren, von Frauen und von Zuwanderern wird nicht ausreichend genutzt.
- ▶ Einkommensgrenzen für den Zuzug sind auf den akademischen Fachkräftebedarf großer Unternehmen zugeschnitten, nicht auf den Mittelstand oder auf Regionen mit niedrigeren Durchschnittseinkommen.
- ▶ Das Potenzial ausländischer Absolventen wird nicht genutzt: 2011 sind nur gut 7.000 von insgesamt 38.000 ausländischen Absolventen in Deutschland geblieben.



Die Wirtschaftsunioren fordern

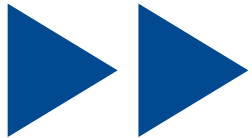
- ▶ Eine stärkere Aktivierung derjenigen, die in Deutschland derzeit nicht am Erwerbsleben beteiligt sind, durch
 - eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
 - ein Festhalten an der Rente mit 67 und mehr Anreize, länger zu arbeiten,
 - eine bessere Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund, auch durch eine intensive Informationspolitik zum Anerkennungsgesetz,
 - mehr Unterstützung von Jugendlichen mit Förderbedarf, vor allem beim Übergang von der Schule in den Beruf.
- ▶ Ein aktives Werben um die im Ausland tätigen deutschen Fachkräfte.
- ▶ Die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte muss einfacher werden durch
 - gezielte Werbung um qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland – hier brauchen wir kreative Ideen, zum Beispiel Kennlernreisen für interessierte Fachkräfte, Familienbetreuer et cetera,
 - eine generelle Absenkung der Einkommensschwelle für Ausländer, die in Deutschland arbeiten wollen, auf 30.000 Euro,
 - mehr Werbung im Ausland für das Studium an deutschen Universitäten,
 - eine bessere Unterstützung von ausländischen Hochschulabsolventen beim Übergang in den deutschen Arbeitsmarkt.
- ▶ Mehr Unterstützung von ausländischen Fachkräften und ihren Familien bei der Integration in Deutschland.



ARBEITSMARKT FLEXIBLER MACHEN

Die Herausforderung:

- ▶ Trotz einer sehr guten Arbeitsmarktlage gibt es zu wenig Chancen für Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte.
- ▶ Mindestlöhne in immer mehr Branchen, hohe Personalzusatzkosten sowie fehlende Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt verhindern neue Jobs.
- ▶ Steigende Ansprüche an die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellen Arbeitgeber vor neue Herausforderungen – und vergrößern den Bedarf an Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt.
- ▶ Ein Arbeitsrecht, das einen Mittelständler genauso behandelt wie ein großes Unternehmen, überfordert kleine Unternehmen.
- ▶ Selbstständige laufen derzeit schnell Gefahr, als Scheinselbstständige eingestuft zu werden, wenn sie ein umfangreiches Projekt für einen Auftraggeber betreuen.



Die Wirtschaftsunioren fordern

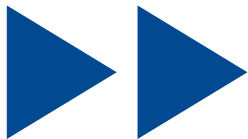
- ▶ Einen abgestufter Kündigungsschutz für den Mittelstand:
 - Kein Kündigungsschutz für Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern.
 - Ein angepasster Kündigungsschutz für Unternehmen mit bis zu 50 Mitarbeitern:
 - Wirksamkeit des Kündigungsschutzgesetzes erst nach 24 statt nach sechs Monaten.
 - Schaffung einer Möglichkeit, ohne Angabe von Gründen zu kündigen, verbunden mit einer gesetzlichen Kündigungsfrist von sechs Monaten.
- ▶ Für alle anderen Unternehmen:
 - Das Kündigungsschutzgesetz sollte erst nach zwölf statt nach sechs Monaten greifen.
 - Im Arbeitsvertrag sollte alternativ zum Kündigungsschutz eine Abfindung vereinbart werden können.
 - Sachgrundlose Befristungen müssen für bis zu fünf Jahre möglich sein, das Wiederbeschäftigungsverbot muss abgeschafft werden.
 - Kein Kündigungsschutz für Arbeitnehmer mit einem Jahreseinkommen ab 100.000 Euro.
- ▶ Mehr Anerkennung für befristete Arbeitsverhältnisse, Zeitarbeitsverträge, Teilzeit und Praktika: Sie müssen als Chance bewertet werden, um im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und sich weiterzuentwickeln.
- ▶ Kein gesetzlicher Mindestlohn: Mindestlöhne erschweren vor allem gering Qualifizierten und jungen Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt und führen zu mehr Arbeitslosigkeit.
- ▶ Eine Abkoppelung der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung vom Arbeitseinkommen, um Personalzusatzkosten zu begrenzen.
- ▶ Mehr Unterstützung von Jugendlichen mit Förderbedarf, vor allem beim Übergang von der Schule in den Beruf.
- ▶ Eine Lockerung der Kriterien für die Scheinselbstständigkeit.



LEISTUNG HONORIEREN, SOZIALEN FRIEDEN SICHERN

Die Herausforderung:

- ▶ Diskussionen um das angebliche Schrumpfen der Mittelschicht führen zu neuen Umverteilungsdebatten.
- ▶ Die Steuerlast ist schon bei mittleren Einkommen so hoch, dass kaum Leistungsanreize bestehen.
- ▶ In den europäischen Krisenländern sehen wir, wie schnell der soziale Friede bröckeln kann, wenn das Sozialsystem überstrapaziert wird und junge Menschen keine Perspektiven sehen.
- ▶ Das Potenzial für Ehrenamt bleibt ungenutzt.



Die Wirtschaftsunioren fordern

- ▶ Ein Ende der Umverteilungsdebatten und eine Reform des Einkommenssteuersystems, damit sich Leistung lohnt.
- ▶ Ein einfaches und transparentes Steuersystem, zum Beispiel eine Flat Tax von maximal 25 Prozent, mit einer Steuerbremse, die – analog zur Schuldenbremse – eine Obergrenze für die Belastung einzelner definiert.
- ▶ Eine stärkere Einbindung der Wirtschaft beim Übergang Schule-Beruf. Programme für benachteiligte Jugendliche, wie die gemeinsame Initiative des Bundesfamilienministeriums und der Wirtschaftsunioren Deutschland „JUGEND STÄRKEN: Junge Wirtschaft macht mit!“, sind dabei ein wichtiger Baustein.
- ▶ Einen leichteren Zugang zu Ehrenämtern, zum Beispiel durch Ehrenamtsbörsen, und mehr Anerkennung für ehrenamtliches Engagement.

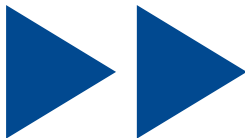


**Leistung honorieren,
sozialen Frieden sichern**

EHRBARES UNTERNEHMERTUM ANERKENNEN

Die Herausforderung:

- ▶ Die weltweite Finanzmarktkrise hat dem Vertrauen in Marktmechanismen und in Unternehmen geschadet.
- ▶ Die Öffentlichkeit nimmt immer mehr zur Kenntnis, ob Unternehmen sich ethisch korrekt verhalten, der Ruf nach entsprechenden Regulierungen wird lauter.
- ▶ Neiddebatten um eine Vermögens- oder Erbschaftsteuer schaden dem Unternehmerbild – ebenso wie staatliche Hilfen, Subventionen und unterschiedliche Mehrwertsteuersätze.
- ▶ Schulbücher transportieren häufig ein negatives Unternehmerbild.
- ▶ Nicht nachvollziehbare Mehrwertsteuersätze werden als ungerechte Bevorzugung einzelner Branchen wahrgenommen und schädigen so den Ruf von Unternehmen.



Die Wirtschaftsjunioren fordern

- ▶ Ein positives Unternehmerbild und Vertrauen in die Wirtschaft. Der Begriff des ehrbaren Unternehmers muss wieder zum Maßstab werden. Der Grundstein dafür muss an unseren Schulen und durch die Vorbildfunktion von Unternehmern gelegt werden.
- ▶ Schulbücher, die ein negatives oder einseitiges Unternehmerbild transportieren, müssen bis auf weiteres aus dem Verkehr gezogen und überarbeitet werden.
- ▶ Schulen müssen grundsätzlich zu einer engen Vernetzung mit der Wirtschaft verpflichtet werden, um die Bedeutung des Unternehmertums und vor allem des Mittelstandes deutlich zu machen.
- ▶ Ein Ende von Neiddebatten, die aktuell durch Forderungen nach Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer angeheizt werden.
- ▶ Die Streichung von Subventionen – staatliche Hilfen an Unternehmen sind nur in Ausnahmefällen legitim.
- ▶ Mehr Transparenz durch einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz von 17 Prozent.
- ▶ Freiraum für ein Engagement ohne Reglementierung. Neue Bürokratie durch Zertifizierung hemmt innovatives Engagement und bedeutet für den Mittelstand Wettbewerbsnachteile gegenüber großen Konzernen.

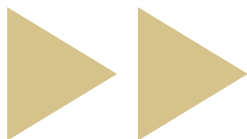


**Ehrbares Unternehmertum
anerkennen**

GENERATIONEN- GERECHTIGKEIT SCHAFFEN

Die Herausforderung:

- ▶ Das Gleichgewicht in unserer Gesellschaft kippt: Der Anteil der 65-Jährigen wird sich im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den kommenden 40 Jahren verdoppeln.
- ▶ Leistungsansprüche, vor allem in der Kranken- und Pflegeversicherung, werden weiter steigen.
- ▶ Steuereinnahmen auf Rekordniveau werden nicht zur Haushaltskonsolidierung genutzt.
- ▶ Die Reform der Sozialversicherungssysteme kommt nicht voran.
- ▶ Anstatt zu sparen, werden neue Leistungen wie das Betreuungsgeld geschaffen oder – wie die Zuschussrente – diskutiert.
- ▶ Mit dem demografischen Wandel wächst die Gefahr, dass Politik sich stärker an den Interessen des steigenden Anteils Älterer orientiert.



Die Wirtschaftsjunioren fordern

- ▶ Generationengerechtigkeit als Staatsziel ins Grundgesetz – um sicherzustellen, dass die Interessen aller Generationen angemessen berücksichtigt werden.
- ▶ Generationenbilanzen, die klar ausweisen, welche Auswirkungen neue Gesetze für zukünftige Generationen haben.
- ▶ Keine Schulden zu Lasten der nächsten Generation, sondern ein schneller Abbau der Staatsverschuldung mit transparenten und verbindlichen Schuldenabbauzielen.
- ▶ Sozialsysteme zukunftsfähig machen – notwendig sind die Abkopplung der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung von der Lohnentwicklung sowie ein Einstieg in die Kapitaldeckung.
- ▶ Die Einführung eines „Generationensoli“, mit dem Kinderlose einen finanziellen Beitrag dazu leisten, die Deckungslücken in Renten-, Kranken- und Pflegekasse zu schließen. So bleibt die Last des Generationenvertrages auch für kommende Generationen noch schulterbar.
- ▶ Eine stärkere Betonung der Eigenverantwortung bei Kranken- und Rentenversicherung.
- ▶ Keine neuen Leistungen wie die Zuschussrente.
- ▶ Eine regelmäßige und systematische Überprüfung von allen Gesetzen auf Aktualität und Sinnhaftigkeit.

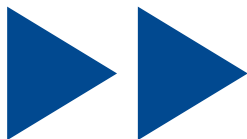


Generationengerechtigkeit schaffen

AUF EUROPA VERTRAUEN

Die Herausforderung:

- ▶ Historische Meilensteine hatten in der Vergangenheit Priorität gegenüber rationalen Abwägungen: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde nicht eingehalten, der Insolvenzfall von Staaten nicht geregelt.
- ▶ Durch immer neue Rettungsschirme, Krisengipfel und das hohe Tempo kaum nachvollziehbarer Entscheidungen ist das Vertrauen der Menschen in Europa beschädigt.
- ▶ Die zum Teil extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit bedroht den sozialen Frieden – und damit den Zusammenhalt in Europa.



Die Wirtschaftsjuvenoren fordern

- ▶ Ein klares Bekenntnis zu Europa, zur Solidarität mit unseren europäischen Partnern sowie die Anerkennung der Bedeutung der Europäischen Union für unsere Geschichte, für die Entwicklung des Unternehmertums und des Wohlstands. Wir sagen ja zu Europa.
- ▶ Dass alle Länder der Europäischen Union Anstrengungen unternehmen, ihre Wirtschaft wettbewerbsfähig zu machen und ihre Haushalte zu sanieren.
- ▶ Für die Zukunft klare und transparente Verträge und Vereinbarungen, deren Einhaltung kontrolliert und sanktioniert wird.
- ▶ Dass Hilfen aus dem Europäischen Rettungsschirm der letzte Ausweg bleiben und nur gewährt werden, wenn als Gegenleistung klare und kontrollierbare Strukturreformen erfolgen.
- ▶ Eine Umsetzung des Fiskalpakts mit den verbindlich einzuführenden nationalen Schuldenbremsen sowie eine Insolvenzordnung für Staaten.
- ▶ Einen europäischen Aktionsplan, um die Jugendarbeitslosigkeit wirkungsvoll zu kämpfen.
- ▶ Die Verhinderung einer Abwanderung von Fachkräften und damit eines Braindrain aus den Krisenländern. Deutschland darf nicht in die Rolle eines Krisengewinners geraten, sondern muss Jugendlichen Perspektiven bieten und andere Länder beim Aufbau eines dualen Ausbildungssystems unterstützen.
- ▶ Dass die Europäische Union offen bleibt für neue Beitrittsländer und für weitere Integrationsschritte.

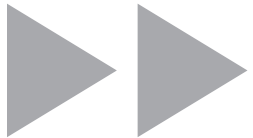


Auf Europa vertrauen

INNOVATIONSSTÄRKE SICHERN

Die Herausforderung:

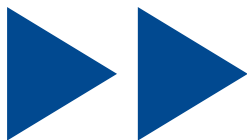
- ▶ Der Fachkräftemangel vor allem in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik macht es schwer, Forscher, Ingenieure und Techniker zu finden.
- ▶ Bürokratie und ein kompliziertes Steuerrecht belasten Unternehmen und binden Ressourcen. Die Innovationsfähigkeit von Unternehmen wird eingeschränkt und die Markteinführung von Innovationen verzögert.
- ▶ Wagniskapital, das vor allem für Gründungen in der Hoch- und Spitzentechnologie notwendig ist, fehlt.
- ▶ Das Potenzial des Mittelstands bleibt unausgeschöpft.
- ▶ Vor allem für kleine Unternehmen ist der Schutz ihrer Innovation eine Herausforderung.



BERUF UND FAMILIE LEBEN

Die Herausforderung:

- ▶ **Betreuungsplätze, vor allem für Kleinkinder, fehlen:** Trotz des Rechtsanspruchs, der ab August gilt, wird es rund 220.000 Plätze zu wenig geben.
- ▶ **Bei vorhandenen Einrichtungen sind die Öffnungszeiten zu kurz,** es gibt – auch für Schulkinder – zu wenig Angebote für die Nachmittage, Wochenenden und Ferien.
- ▶ **Es fehlen zehntausende ausgebildete Erzieher.**
- ▶ **Deutschland setzt Anreize für lange berufliche Auszeiten und die Alleinverdienerfamilie.**



Die Wirtschaftsunioren fordern

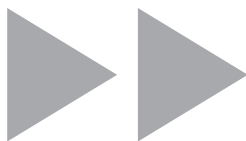
- ▶ Einen schnellen Ausbau der Betreuungsinfrastruktur; jede unnötige Bürokratie muss verhindert werden.
- ▶ Einen Rechtsanspruch auf eine Nachmittagsbetreuung auch bei Schulkindern.
- ▶ Flexiblere Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen – auch für Wochenenden und Ferien.
- ▶ Angemessene Kosten für die Betreuung, gerade für Familien mit niedrigen Einkommen.
- ▶ Ein Arbeitgeber-Zuschuss zu Betreuungskosten muss auch für Kinder über sechs Jahre steuer- und sozialversicherungsfrei möglich sein.
- ▶ Betreuungseinrichtungen dürfen keine Notlösung sein, sondern müssen hochwertige Angebote machen.
- ▶ Mehr Akzeptanz für berufstätige Eltern, auch für die Zuständigkeit von Vätern für die Kinderbetreuung oder die Pflege von Angehörigen.
- ▶ Einen Abbau von Anreizen, die die klassische Rollenverteilung zementieren, wie die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern in der Krankenkasse und das Betreuungsgeld. Das Ehegattensplitting muss durch ein Familiensplitting ersetzt werden.
- ▶ Die Möglichkeit, das Elterngeld bis zur Höhe des bisherigen Nettogehalts aufzustocken, ohne dass das hinzuverdiene Einkommen angerechnet wird.
- ▶ Eine Kürzung der Elternzeit auf zwei Jahre, die in den ersten zwei Lebensjahren des Kindes genutzt werden.
- ▶ Eine Übertragbarkeit der Elternzeit auf die Großeltern.
- ▶ Um für Familien mehr Flexibilität zu schaffen, brauchen wir mehr Unterstützung beim Zugang zu haushaltsnahen Dienstleistungen und eine bessere steuerliche Absetzbarkeit.



ENERGIEWENDE GESTALTEN

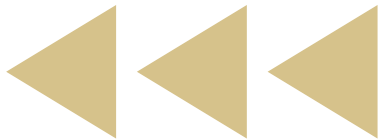
Die Herausforderung:

- ▶ Die Energiewende setzt ambitionierte Ziele: Bis 2050 sollen 80 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Energien stammen.
- ▶ Bisher ist nicht klar, wie die dafür notwendige Infrastruktur an Netz- und Speicherkapazitäten geschaffen werden kann.
- ▶ Erneuerbare Energien verlieren Akzeptanz, da sie den Strompreis – insbesondere aufgrund regulatorischer Eingriffe – in die Höhe treiben.
- ▶ Steigende Energiekosten und eine unsichere Energieversorgung belasten Unternehmen.
- ▶ Der deutsche Alleingang gefährdet die stabile und wirtschaftliche Energieversorgung in unseren Nachbarländern, ein europäisches Energiekonzept fehlt.
- ▶ Weltweit verbindliche Abkommen zur Reduktion von CO₂-Emissionen fehlen, Europa und insbesondere Deutschland nehmen eine Vorreiterrolle ein, riskieren damit aber die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen.



Die Wirtschaftsjunioren fordern

- ▶ Eine schnelle Steigerung des Anteils an erneuerbaren Energien – und Transparenz über die Folgen der Energiewende. Die Versorgungssicherheit muss oberste Priorität haben und darf nicht zugunsten von zu ehrgeizigen Klimaschutzziele und einem zu schnellen und unabgestimmten Ausstieg aus der Kernenergie geopfert werden.
- ▶ Die Entwicklung und den schnellen Ausbau von intelligenten Netzen, Speichertechniken und neuen Kraftwerken.
- ▶ Weiter in Maßnahmen zur Steigerung von Energieeffizienz zu investieren.
- ▶ Dass schnell ein europäisches Energiekonzept erarbeitet wird.
- ▶ Dass sichergestellt wird, dass die Akzeptanz erneuerbarer Energien nicht durch eine übermäßige Belastung der Energiepreise zerstört wird.
- ▶ Mittelfristig den Abbau von Subventionen für erneuerbare Energien.
- ▶ Dass EU und Bundesregierung darauf hinwirken, dass sich alle Staaten – vor allem die größten Emittenten wie China und die USA – zu einer Begrenzung ihrer Emissionen verpflichten.
- ▶ Dass eine deutsche Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz da ihre Grenzen hat, wo die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auf dem Spiel steht.
- ▶ Die Nutzung der Vorreiterrolle Deutschlands bei der Energiewende, um auch die Marktführerschaft der deutschen Wirtschaft bei erneuerbaren Energien zu erhalten und zu positionieren.



IMPRESSUM

Herausgeber

Wirtschaftsjunioren Deutschland e.V.

Breite Straße 29

10178 Berlin

wjd@wjd.de

www.wjd.de

Redaktion

Dirk Binding, Corinna Trips, Wirtschaftsjunioren Deutschland

Layout

Karsten Taruttis

Bildnachweise

Thomas Rosenthal

Stand

März 2013

Druck

DRUCKHAUS LEUPELT GmbH & Co KG